

P R E S S E M I T T E I L U N G

Resolution zum kommunalen Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger von der Stadtverordnetenversammlung einstimmig beschlossen

Eine herausragende Stunde des Parlamentes war angebrochen, als am vergangenen Montag der Vorsitzende des Ausländerbeirates, Göksal Arslan, den Antrag seines Gremiums, eine Resolution zum kommunalen Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger an Bundestag und Bundesrat zu verabschieden, begründete. Die Resolution fordert Bundestag und Bundesrat dazu auf, die notwendige Grundgesetzänderung in Artikel 28 GG vorzunehmen, um das kommunale Wahlrecht auf alle Migrantinnen und Migranten mit gefestigtem Aufenthalt ausdehnen zu können, denn die politische Teilhabe über Wahlen und Abstimmungen ist eines der Kernelemente jeder demokratischen Verfassung, so auch unseres Grundgesetzes. Viele demokratische Länder haben in ihren jeweiligen Verfassungen dieses bedeutende Grundrecht bei Kommunalwahlen nicht von der Staatsangehörigkeit der Einwohner und Einwohnerinnen abhängig gemacht, sondern allein vom dauerhaften Lebensmittelpunkt der Menschen.



Göksal Arslan führte dazu aus: „Sehr geehrte Damen und Herren, ist es nicht so, dass die Übernahme von Verantwortung innerhalb der Kommune auch das Interesse an Lösungen stärkt und damit das Gemeinschaftsleben fördert? Dort, wo Menschen seit vielen Jahren leben, wo sie aufwachsen, zur Schule gehen, arbeiten, heiraten, Kinder bekommen und eines Tages sterben, müssen sie selbstverständlich auch politisch mitentscheiden können. Kann hier jemand sagen, diese Mitbestimmung wäre schlecht für das Gemeinschaftsgefühl?

Gerade Sie als Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in Rodgau müssten sich darüber im Klaren sein, wie wichtig kommunalpolitische Teilhabe ist. Als Bürger kann man sich am stärksten und am konkretesten in der Kommunalpolitik einbringen. Gerade dort kann ich mit Menschen zusammenkommen, mit ihnen für praktische, politische Ziele kämpfen und dabei ein Gemeinschaftsgefühl entwickeln.

Wenn die Politik die hier lebenden Menschen für die Zukunft gewinnen möchte, sollte sie ihnen erst einmal das Gefühl geben, dazu zu gehören, und zwar mit allen Rechten und Pflichten - schon deshalb, weil sie sowieso schon längst Teil der Gesellschaft sind. Geben Sie allen Menschen eine Chance, ein vollwertiger Teil dieser Gesellschaft zu sein. „

Der Vorstand des Ausländerbeirates hat im Vorfeld viele gute Gespräche mit Kommunalpolitikern geführt. „Trotzdem war nach den Stellungnahmen der SPD-Fraktion durch Herrn Kaiser und insbesondere der CDU-Fraktion durch Herrn Jäger die Freude groß, dass sich eine Mehrheit für unseren Antrag abzeichnete. Ebenso erfreulich war die Stellungnahme von Herrn Sahm für Bündnis 90/Die Grünen wegen ihrer inhaltlichen Aussagen.“, so der Vorsitzende des Ausländerbeirates. Am Ende des Tagesordnungspunktes hatten alle Fraktionen ihre Zustimmung signalisiert.

Göksal Arslan brachte in einer Stellungnahme zu den Ausführungen der Fraktionen insbesondere zu den Anmerkungen von Herrn Clemens Jäger die Freude der überwiegenden Mehrheit der Nichtdeutschen Bevölkerung zum Ausdruck, hier in einem Rechtsstaat mit Rechten und Pflichten zu leben und er sprach den Dank des Ausländerbeirates für die einstimmige Zustimmung aus.

gez. Göksal Arslan
Vorsitzender